Leonhard Mahlein

Streik in der Druckindustrie: Erfolgreicher Widerstand*

Leonhard Mahlein, geboren 1921 in Nürnberg, ist gelernter Buchdrucker (Buchdruckermeister), er unterrichtete als Fachlehrer an der Höheren Graphischen Fachschule in Nürnberg. Er wurde 1956 Zweiter Vorsitzender der IG Druck und Papier in Bayern, 1965 wurde er Vorsitzender des Landesbezirks und 1968 zum Vorsitzenden der Gesamtorganisation gewählt.

I. Rationalisierung - für wen?

Bereits in den sechziger Jahren kündigte sich eine revolutionäre Umstellung in der Druckindustrie an: die Verdrängung des herkömmlichen Bleisatzes durch elektronisch gesteuerten Lichtsatz. Schon damals hatte die IG Druck und Papier - entgegen den leichtfüßigen Vorwürfen, die heutzutage zu hören sind — die Entwicklung erkannt und vor den sozialen Folgen der Umstellung gewarnt. Wie berechtigt damals die gewerkschaftlichen Mahnungen waren, zeigt sich dieser Tage:

- Die neue Technologie in der Satzherstellung droht weitere Tausende von Ar-
•
beitsplätzen zu vernichten, nachdem schon in den vergangenen fünf Jahren rund 36 000 Arbeitsplätze der technischen Entwicklung zum Opfer gefallen sind. Man vergegenwärtige sich: ein mittlerer Lichtsatzcomputer schafft das Hundertfache, verglichen mit der Leistung einer herkömmlichen Bleisetzmaschine.

- Zusätzlich versuchten die Unternehmer und Verleger, die technische Umstellung dazu zu benutzen, die Arbeit neu zu verteilen: Die noch verbleibende Arbeit der Satzherstellung sollte teilweise zusätzlich den Journalisten aufgebürdet werden; ein weiterer Teil sollte unter Verdrängung der Schriftsetzer von An- und Ungelernten übernommen werden.

Wäre es nach den Unternehmern und Verlegern gegangen, so hätten noch mehr Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verloren; so wäre von heute auf morgen ein ganzer Facharbeiterberuf ausradiert worden; so wären Journalisten mit zusätzlichen, und zwar fachfremden Arbeiten belastet worden; so hätte die Arbeit am Bildschirmgerät zunehmenden Arbeitsdruck und Hetze gebracht.

* vgl. hierzu auch die Dokumentation des Tarifvertrages „Neue Technik" in der Druckindustrie 1978 in diesem Heft (S. 310 ff.).

Bei alledem sehen sich die Gewerkschaften, wenn sie die unsozialen Folgen zu verhindern suchen, immer wieder dem Vorwurf ausgesetzt, sie verhinderten den technischen Fortschritt. Stets verläuft diese Art der veröffentlichen Polemik nach dem gleichen Muster:

- Die Anwendung neuer Produktionsverfahren und der Einsatz neuer Arbeitsgeräte ist technischer „Fortschritt", also an sich gut.

- Unter welchen Bedingungen, mit welchen Konsequenzen und zu welchen Zielen technische Neuerungen in der Produktion umgesetzt werden - diese Frage wird geflissentlich verschwiegen.

- Betriebsräte und Gewerkschaften, die diese unsozialen Konsequenzen bekämpfen, werden dem Vorwurf ausgesetzt, den Fortschritt selbst verhindern zu wollen. Daß hierzulande solche Mittel von privaten Unternehmern fast ausschließlich zu dem Zweck der zusätzlichen Gewinnsteigerung eingesetzt werden, wird verschwiegen.

Die Gewerkschaften haben sich also mit der verbreiteten doppelten Irrlehre herumzuschlagen,

- die zum einen Unternehmerinteresse zum „Fortschritt" machen will,

- und die zum anderen die Forderung nach sozialer Ausrichtung als Kampf gegen den Fortschritt diffamiert.

Entgegen der üblichen Unternehmerpropaganda herrschen in der Druckindustrie keineswegs technische Sachzwänge, die zu bestimmter Arbeitsaufteilung, die zur Hinnahme bestimmter Arbeitsbedingungen, die auf breiter Front zu Dequalifizierung führen müßten. Die Technik kann auch zum Wohle der Beschäftigten eingesetzt werden, also zum Nutzen derer, die sie durch ihre tägliche Arbeit überhaupt erst möglich gemacht haben. Etwa, um die Arbeitszeit zu verkürzen, um die Arbeitsbedingungen menschengerechter, abwechslungsreicher und zugleich anspruchsvoller zu gestalten. Nur - die Verhältnisse, sie sind nicht so. Unter'der Herrschaft des Profitprinzips werden die Unternehmer neue Techniken stets mit dem Ziel extremer Gewinnsteigerung und Kostensenkung einführen. „Die von der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie untrennbaren Widersprüche und Gegensätze existieren nicht, weil sie nicht aus der Maschinerie selbst erwachsen, sondern aus ihrer kapitalistischen Anwendung!" *(K. Marx)*

Bei alledem müssen wir uns vor Illusionen hüten. Die Gewerkschaften sind nicht in der Lage, allein mit tariflichen Mitteln die „Herrschaft des Profitprinzips" zu brechen. Auch die Nutzung neuer Technologien zugunsten des gesellschaftlichen Fortschritts können die Gewerkschaften, auf sich allein gestellt, nicht durchsetzen. Bei allen tarifpolitischen Erfolgen müssen wir erkennen: politische Lösungen sind unerläßlich. Ohne wirksame Mitbestimmung, ohne gesellschaftliche Kontrolle großer

Investitionen wird es nicht möglich sein, den technischen Fortschritt zugunsten der Mehrheit unseres Volkes nutzen. Aber: die Gewerkschaften sind aufgerufen und in der Lage, Erreichtes zu halten, weitere Verschlechterungen abzuwehren und erzielte Fortschritte auszubauen.

Bezogen auf die wirtschaftliche und technologische Entwicklung in der Druckindustrie und im Verlagsbereich ergaben sich folgende tarifpolitische Notwendigkeiten:

(1) Es ging zum einen darum, für die, die bisher den Satz hergestellt haben, auch künftig die Arbeit zu sichern. Auch unter Einsatz des Computers fällt Arbeit der Satzherstellung an. Auch der Computer muß von Menschen bedient, gesteuert, gewartet, kontrolliert werden. Daher hat die IG Druck und Papier gefordert, daß die neuen Arbeiten der Satzherstellung wie in der Vergangenheit Fachkräften der Druckindustrie zu übertragen sind.

(2) Zugleich ging es darum, die betroffenen Arbeiter und Angestellten vor spürbarem Einkommensverlust zu schützen. Was bisher nach dem Facharbeiterecklohn bzw. dem Maschinensetzerlohn bezahlt worden ist, muß auch unter Einsatz neuer Geräte in der gleichen Höhe bezahlt werden. Den Arbeitern kann es nicht zugemutet werden, für den Einsatz neuer Arbeitsgeräte auch noch mit zusätzlichen Einkommensverlusten bezahlen zu müssen, zumal sich die Arbeit und die Arbeitsanforderungen im Prinzip nicht ändern. Gleichzeitig sollte damit auch für die Unternehmer der Wert dieser Arbeitsleistung durch eine entsprechend hohe Bezahlung erhalten bleiben.

Auf diese Weise soll gleichzeitig eine breite Dequalifizierung verhindert werden.

(3) Des weiteren drohen Gesundheitsgefahren. Die kontinuierliche Arbeit an Sichtschirmgeräten führt zu erhöhten Streßgefahren. Sie steigert den Arbeitsdruck und führt zu nervlichen Belastungen. Daher forderte unsere Gewerkschaft neben regelmäßigen ärztlichen Untersuchungen zusätzliche Pausen und eine Arbeitszeitverkürzung für die Beschäftigten an Bildschirmen.

(4) Schließlich ging es darum, Hände und Kopf der Redakteure freizuhalten für ihre kreativen journalistischen Arbeiten. Der Redakteur darf nicht dazu mißbraucht werden, den eigenen Setzer zu spielen. Er soll tarifvertraglich das Recht haben, technische Arbeiten am Bildschirmgerät abzulehnen.

II. Streik unausweichlich

Den Kern dieser Tarifforderungen hat die IG Druck und Papier bereits im Sommer 1975 vorgelegt. Ein Jahr lang haben sich die Unternehmer und Verleger geweigert, überhaupt Verhandlungen aufzunehmen; es lägen - so lautete die Begründung -noch keine ausreichenden praktischen Erfahrungen vor. Auch dies sollten diejeni-

gen beherzigen, die in den vergangenen Wochen so flink mit dem Vorwurf bei der Hand waren, die IG Druck und Papier hätte die technologische Entwicklung verschlafen.

Erst zum Jahreswechsel 1976/77 kam es zu Verhandlungen unter allen beteiligten Verbänden; auf Unternehmerseite waren neben den Druckunternehmern die beiden Verlegerverbände beteiligt; auf Arbeitnehmerseite neben der IG Druck und Papier noch die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, der Deutsche Journalistenverband und die DAG.

Schon bald zeigte sich, daß die Unternehmer bereit waren, die unsozialen Konsequenzen einfach mit Geld zuzudecken. Zu Sozialplanregeln in Tarifvertragsform schienen sie bereit; darunter fielen Umschulungsangebote, Überbrückungsgelder und Mobilitätshilfen. Geld spielte und spielt offensichtlich keine Rolle; wen wundert's auch, angesichts des enormen Produktivitätsfortschritts beim Einsatz der EDV. Nur — über eine dauerhafte Regelung zur Besetzung der Arbeitsplätze, über die Tarifierung der künftigen Arbeiten, über die Arbeitszeit an Bildschirmgeräten und über die Aufgabenverteilung zwischen Redaktion und technischer Herstellung - darüber waren die Unternehmer nicht verhandlungsbereit.

Und es schien, daß sie sich dies leisten könnten. Immerhin verspüren wir seit Jahren ein Erstarken unternehmerischer Machtpositionen. Gehe es um die zahlreichen Erpressungsversuche gegenüber dem Reformgesetzgeber, gehe es um den zunehmenden Druck, dem die Betriebsräte, die Gewerkschaften und ihre Funktionäre in den Betrieben ausgesetzt sind. Gehe es um die Machtanmaßung, die die Unternehmer in den Tarifverhandlungen an den Tag legen, unter zynischer Ausnutzung der wirtschaftlichen Situation und der bestehenden Arbeitslosigkeit. So glaubten sich auch die Unternehmer der Druckindustrie und des Verlagsgewerbes in der Lage, die neue Technologie mit all ihren unsozialen Konsequenzen in wenigen Jahren brutal durchziehen zu können. Unter Dezimierung der Arbeitsplätze, ohne tarifvertragliche Bindung. Zugleich mag sich mancher Unternehmer in der Hoffnung gewogen haben, einen selbstbewußten, hochgradig gewerkschaftlich organisierten Facharbeiterstand, den der Schriftsetzer, binnen kurzem beseitigen zu können.

Angesichts der starren Haltung der Unternehmer schien seit dem Sommer 1977 ein Streik unausweichlich. Natürlich ließen Verleger und Druckunternehmer in der Folgezeit immer wieder verbreiten:

- der IG Druck und Papier gehe es nicht um die sozialen Probleme, sondern um einen Machtkampf;
- es gehe um berufsständische Monopole und Privilegien für Spitzenverdiener;
- der Tarifkonflikt diene in Wirklichkeit dem Ziel, die privatrechtliche Struktur der Presse zu beseitigen.

Woher rührt die Härte der Auseinandersetzung? Was hat die IG Druck und Papier bewogen, im Kerne auf ihren ursprünglichen Tarifforderungen bestehenzubleiben?

1. Im Unterschied zu zahlreichen anderen Rationalisierungsprozessen betrifft die Einführung des elektronisch gesteuerten Lichtsatzes ganze Abteilungen. Nicht einzelne Arbeitsplätze entfallen, mit der Möglichkeit, die jeweils Betroffenen im gleichen Betrieb, in der gleichen Abteilung unterzubringen; sondern ein ganzer Arbeitsbereich wird dezimiert; die Arbeitsorganisation voll umgestellt.

2. Allgemein können wir dieser Tage eine neue Dimension der Rationalisierungsinvestitionen feststellen. Ganze Berufe können ihr zum Opfer fallen; in einzelnen Wirtschaftszweigen drohen Dequalifizierung, Abwertung beruflicher Fähigkeiten und Fertigkeiten auf breiter Front. Gleichzeitig verzeichnen wir unermeßliche Produktivitätsfortschritte, Sprünge, wie sie nur bei den revolutionären Entdeckungen im vergangenen Jahrhundert vollzogen wurden.

Dies gilt in gleicher Weise für die Druckindustrie wie gestern für die Uhrenindustrie und morgen für den Dienstleistungs- und Verwaltungsbereich. Andere Wirtschaftszweige werden folgen.

3. Zugleich leiden wir heute im vierten Jahr unter Massenarbeitslosigkeit. Früher hatten Arbeiter und Angestellte, die ihren Arbeitsplatz verloren, noch eine Chance, bei expandierender Wirtschaft in anderen Bereichen unterzukommen. Wer dagegen heute entlassen wird, findet nicht ohne weiteres morgen wieder Arbeit.

Oder: in welche zukunftssichere Berufe sollen eigentlich die davon Betroffenen umgeschult werden?

Nimmt man dies alles zusammen, so stand die IG Druck und Papier vor der Notwendigkeit, Widerstand zu leisten; Widerstand gegen die willkürliche Vernichtung weiterer Arbeitsplätze, soweit sie nicht ohnehin der neuen Technologie zum Opfer fallen; Widerstand gegen die willkürliche Neuverteilung der Arbeit, die den Redakteuren zusätzliche technische Arbeitsleistungen aufbürdet; Widerstand gegen den Kahlschlag eines Berufszweiges, mit dem Ziel, qualifizierte Facharbeit durch die Tätigkeit von An- und Ungelernten zu ersetzen.

Sozialpläne, Überbrückungsgelder etc. reichen bei dieser Art von Rationalisierung und im gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Umfeld nicht aus - so segensreich und wichtig sie in der Vergangenheit waren und bei betrieblichen Umstellungen auch heute und morgen noch sind. Die Gewerkschaften sind jetzt und in Zukunft in steigendem Maße dazu aufgerufen, um die Sicherung von Arbeitsplätzen sowie gegen Abqualifizierung und Einkommensverlusten zu kämpfen.

III. Der Streik

Im September 1977 waren die Tarifverhandlungen gescheitert. Damit war letztlich die Verschärfung des Tarifkonflikts, bis hin zum Arbeitskampf, vorgezeichnet. Die IG Druck und Papier stand dabei vor besonderen Problemen:

(1) Wieder einmal hatten wir es nicht allein mit den drei beteiligten Unternehmerverbänden der Druckindustrie und des Verlagsgewerbes zu tun. Nein, die Tarifverhandlungen standen unter der koordinierenden, ja dirigierenden Hand der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände. Bezeichnenderweise wurden die zuständigen Gremien der Unternehmerverbände durch Abgesandte der Bundesvereinigung „bereichert". Bestimmte Forderungen unseres Tarifentwurfs stießen von vornherein auf unüberwindliche Hindernisse, wobei unsere Verhandlungspartner kein Hehl daraus machten, daß sie in diesen Fragen gebunden seien.

Zum Beispiel: Die Begrenzung der Arbeitszeit an Bildschirmgeräten auf 35 Stunden in der Woche sei ein „Politikum ersten Ranges", das zuzugestehen von der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände untersagt worden sei. Ähnlich motiviert war ihr anfänglicher Widerstand gegen jede Art von Besetzungsvorschriften sowie gegen die einheitliche Tarifierung der neuen Arbeiten an den Bildschirmgeräten.

(2) Der Erfolg in jedem Tarifkonflikt hängt davon ab, welche Resonanz die Gewerkschaft in der Öffentlichkeit findet. In diesem Punkte steht die IG Druck und Papier stets vor besonderen Problemen: Die tarifführende Partei auf Unternehmerseite beherrscht die Tageszeitungen und Zeitschriften. So sehr die IG Druck und Papier in Pressekonferenzen, durch eigene Stellungnahmen, durch regelmäßige Information der anderen Gewerkschaften, der Parteien und anderer gesellschaftlicher Institutionen ihre Tarifforderungen erläuterte — immer wieder zeigte sich, daß die tägliche Polemik der Unternehmer in ihren Tageszeitungen und Zeitschriften Wirkung zeigte.

(3) Die finanzielle Situation der IG Druck und Papier war keineswegs rosig; die bundesweite Aussperrung des Jahres 1976 hatte Belastungen in Höhe von mehr als 20 Millionen DM hinterlassen. Auf der anderen Seite hatten die Unternehmer und Verleger bereits lange Zeit vor dem Streik mit Aussperrungen gedroht.

(4) Gleichzeitig stand von vornherein fest: angesichts des prinzipiellen Widerstandes der Unternehmer und Verleger gegen unsere Forderungen mußten wir uns auf einen länger andauernden Streik einrichten.

(5) In dem Streik ging es nicht um Löhne und Gehälter, sondern um die Sicherung der Arbeitsplätze, die Aufrechterhaltung des Berufs, um menschengerechte Arbeitsbedingungen und um die Aufgabenteilung zwischen Redaktion und Technik — sämtlich Forderungen, wie sie noch vor Jahren modisch als qualitative Ziele (im

Unterschied zu quantitativen Lohn- und Gehaltsforderungen) gekennzeichnet worden sind. Lange Zeit galt es als schwer, wenn nicht unmöglich, für derartige Forderungen einen Streik zu führen.

(6) Schließlich sind von der neuen Technik der Satzherstellung unmittelbar nur Schriftsetzer, Journahsten und die übrigen Arbeiter und Angestellten der Satzherstellung betroffen. Dies ist eine Minderheit in Zeitungsbetrieben und Druckunternehmen. Es galt also, der Mehrheit deutlich zu machen, daß der Einsatz für die Interessen der Schriftsetzer und Journalisten mittelbar auch den eigenen Interessen dient - etwa bei den nunmehr bevorstehenden Manteltarifverhandlungen. Es ging also darum, den übrigen Arbeitern und Angestellten die Einsicht in die eigene Betroffenheit zu vermitteln.

Angesichts dieser Ausgangsbedingungen waren lange Vorbereitungen notwendig. Dies begann mit besonderen Aktionen, Versammlungen, Herausgabe von Informationsmaterial für ca. 100 Schwerpunktbetriebe im September/Oktober vergangenen Jahres. Die Resonanz war zu Anfang keineswegs stets ermutigend. Noch Anfang November 1977 schien es nicht sicher, ob unsere Gewerkschaft in der Lage sei, für die Tarifforderungen einen Streik zu führen.

Gleichwohl beschloß unser Hauptvorstand Ende November, die Mitglieder in der Druckindustrie zur Verweigerung von Überstunden und Sonderschichten aufzufordern; Warnstreiks wurden ab sofort als gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen sanktioniert. Schon am nächsten Tag setzte eine breite Welle von Warnstreiks ein. Sie machte deutlich, daß die Kolleginnen und Kollegen in der Druckindustrie den Ernst der Lage erkannt hatten. Dies ist um so bemerkenswerter, als die Befolgung jener Hauptvorstandsbeschlüsse zu Lasten des eigenen Einkommens gingen. Es war durchaus kein Einzelfall, daß Kollegen - auch in anderen Abteilungen als der Satzherstellung — Verdienstausfälle bis zu 600 DM auf sich genommen haben.

Warnstreiks und Überstundenverweigerung hatten ein doppeltes Ziel.

- Zum einen sollten sie den Druck auf die Unternehmer verstärken,
- zum anderen sollten sie nach innen ein Signal setzen und die eigenen Reihen stabilisieren.

Das letztgenannte Ziel konnte weitgehend erreicht werden, das erste nicht; trotz neuer Verhandlungen blieben die Unternehmer bei ihrer Ablehnung unserer wesentlichen Forderungen.

Da sie schließlich die Fortführung der Tarifverhandlungen ablehnten, blieb unserer Gewerkschaft kein anderer Weg als der des Streiks.

Da wir uns auf eine längere Streikdauer einrichten mußten, entschloß sich die Streikleitung zu unbefristeten Schwerpunktstreiks in einzelnen Betrieben. Gleich-

zeitig sollte der unbefristete Streik in den Schwerpunktbetrieben begleitet werden durch befristete Proteststreiks. Auf diese Weise fanden vielfältige Proteststreiks statt.

Die unbefristeten Schwerpunktstreiks setzten eine Urabstimmung voraus, die in sämtlichen bestreikten Betrieben die notwendige Mehrheit fand, zum Teil bis zu 99 Prozent Ja-Stimmen. Auch in anderen Betrieben wurden Urabstimmungen durchgeführt; bei insgesamt 41 Urabstimmungen erreichten 2 aufgrund betrieblicher Besonderheiten nicht die erforderliche Mehrheit von 75 Prozent.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß sich in einigen Zeitungsbetrieben auch die Redaktionen an der Abstimmung beteiligten; in einem Fall sprachen sich die Journalisten hundertprozentig für Streikmaßnahmen aus.

Der Unterstützung der Streikenden dienten insbesondere die zahlreichen Streikzeitungen. Schon 1976, seit der Diskussion über die Ausgabe von Notzeitungen im Falle von Streiks in der Druckindustrie, stand für die IG Druck und Papier fest: Sofern es sich als sinnvoll erweisen sollte, bei längerfristigen Streiks den Leser über wichtige Vorgänge zu unterrichten, so sollte dies nicht über die Herausgabe von Notzeitungen der Verleger geschehen. Vielmehr sollten es dann die streikenden Belegschaften und die IG Druck und Papier selbst sein, die über ihre eigenen Streikzeitungen die Leser informieren.

Daher war von vornherein geplant, neben der alle zwei bis drei Tage erscheinenden zentralen Streikzeitung, örtliche Zeitungen herauszugeben. So erschienen in allen Orten, in denen Schwerpunktstreiks stattfanden, und später, während der Aussperrungstage, noch in zahlreichen anderen Orten, Streikzeitungen der IG Druck und Papier und der streikenden Belegschaft. Zum Schluß wurden sie täglich herausgegeben. Die Palette reicht von der „Hannoverschen Besonderen" über die „Lüdenscheider Notzeitung", den „drupa-Leserservice" in Bayern bis zur „Rhein-Main-Rundschau". Während der bundesweiten Aussperrung erreichten so die Zeitungen der Streikenden eine Gesamtauflage von annähernd 1 Million Exemplare täglich.

Sie dienten der allgemeinen Information des Lesers über politische Vorgänge, z. B. dem Ausgang der Kommunalwahlen in Bayern, der Bekanntgabe von Sportergebnissen, der Kommentierung kommunaler Ereignisse. Gleichzeitig versuchten sie den Leser über Ziele und Hintergründe unseres Streiks zu informieren.

Daß es uns gelungen ist, etwa im Unterschied zum Lohnstreik 1976 eine relativ positive Resonanz in der Öffentlichkeit zu finden, ist sicherlich nicht zuletzt mit auf diese Streikzeitungen zurückzuführen. Gleichzeitig dienten sie der Festigung der Streikfront in den Schwerpunktbetrieben.

IV. Ergebnisse

1. Innerorganisatorisch verdient hervorgehoben zu werden, daß die Haltung der Kolleginnen und Kollegen während der unbefristeten Schwerpunktstreiks von der ersten bis zur letzten Stunde ungebrochen war. Dies ist angesichts der dreiwöchigen Dauer und angesichts der nur mittelbaren Betroffenheit der Mehrheit der Streikbeteiligten ein sicherlich bemerkenswertes Ergebnis von Solidarität.

2. Mehrmals haben die Unternehmer und Verleger einen Anlauf zur bundesweiten Aussperrung unternommen. Zunächst befristet; im dritten Anlauf verhängten sie eine unbefristete bundesweite Aussperrung. Selbst dieser letzte Versuch gelang nur teilweise. Lediglich eine Minderheit der Verbandsangehörigen Druckunternehmer und Verleger beugten sich dem Aussperrungsbeschluß. Die Mehrheit ließ weiterarbeiten. Am Rande ergaben sich kuriose Erscheinungen: zahlreiche Zeitungsverleger mochten nicht aussperren, wagten es jedoch auch nicht, ihre Zeitungen erscheinen zu lassen. Das Ergebnis: sie verhinderten die Auslieferung der bereits fertig produzierten Zeitungen. - Eine sicherlich neuartige Methode des „Arbeitskampfes", und zwar ausschließlich zu Lasten des Lesers.

Doch ungeachtet des Mißerfolgs sollte der Zynismus der Aussperrungsbeschlüsse dem Letzten im Lande zu denken geben. Als Antwort auf den Streik von rund 2400 Beschäftigten in der Druckindustrie sollten - wären die Unternehmerschlüsse befolgt worden — mehr als 130 000 im Wege der Aussperrung auf die Straße gesetzt werden. Tatsächlich wurden immerhin 45 000 Arbeitnehmer ausgesperrt. Oder: Den insgesamt rund 39 000 Streiktagen stehen rund 245 000 Aussperrungstage gegenüber. Schon diese Zahlen machen deutlich, wie notwendig ein Aussperrungsverbot ist. Doch unabhängig davon werden die Arbeitsgerichte noch Gelegenheit haben, wenigstens die selbstgesetzten Normen über die Verhältnismäßigkeit der Mittel ernst zu nehmen und auf die zurückhegende Aussperrung anzuwenden.

3. Es gelang weiterhin, eine Streikaussetzung zum Zwecke der Wiederaufnahme von Verhandlungen abzuwehren. Dabei handelt es sich um eine durchaus neue Erscheinung. Unter dem populären Etikett des „Waffenstillstands" versuchten uns die Unternehmer dazu zu zwingen, den Streik auszusetzen, um „ohne Streikdruck zu verhandeln". In der gesamten Tarifgeschichte des In- und Auslands hat es derartige Fälle bis auf wenige Ausnahmen noch nicht gegeben. Und zwar aus verständlichen Gründen: Arbeiter und Angestellte lassen sich nicht wie Marionetten hin- und herschieben. Die Spekulation der unternehmerischen Vorbedingung, den Streik auszusetzen, lief darauf hinaus, damit faktisch den Streik zu beenden. Mit der Folge, daß sie am Verhandlungstisch ihre Bedingungen hätten diktieren können.

Durch das Tauziehen über dieses unternehmerische Ansinnen auf Streikaussetzung sind mehr als 10 Tage ins Land gegangen. Man muß sich dies vergegenwärtigen: Um den Arbeitskampf „abzukürzen", verfügten die Unternehmer dreimal hinter-

einander eine bundesweite Aussperrung. Gleichzeitig waren bereits Anfang März Verhandlungstermine vereinbart, die jedoch von den Unternehmern nicht wahrgenommen wurden, da sie auf ihrer Vorbedingung der Streikaussetzung bestanden.

Immerhin hätte das Eingehen auf diese Vorbedingung dazu führen können, daß durch die Hintertür eines solchen einvernehmlichen „Waffenstillstands" das Taft-Hartley-Gesetz de facto hätte Wirklichkeit werden können. Also eine Abkühlungsphase mit der Folge einer massiven Beeinträchtigung der Gewerkschaften.

Daß die IG Druck und Papier trotz zahlreicher öffentlicher Appelle dieser Zumutung nicht nachgegeben hat, gehört sicherlich auch zu den Erfolgen des zurückliegenden Streiks. Erfolge im Interesse der Tarifautonomie.

4. Neben der positiven Resonanz in der Öffentlichkeit hat unsere Gewerkschaft zahllose Beweise politischer, praktischer und finanzieller Solidarität aus allen DGB-Gewerkschaften erhalten. Auch sie haben sicherlich zum Streikerfolg beigetragen.

5. Die IG Druck und Papier hat die zahlreichen Versuche abgewehrt, durch Vorschieben von Regierungsmitgliedern — sei es der Bundesregierung, sei es aus Landesregierungen - den Anschein und den informellen Druck einer politischen Schlichtung zu wecken. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, *Josef Stingl*, hat sich lediglich auf die Moderation der letzten, entscheidenden Verhandlungsrunde beschränkt. Staatsminister *Wischnewski* hat seine Aufgabe von vornherein nur darin gesehen, die Verhandlungen technisch und organisatorisch zu arrangieren.

6. Der nach drei Wochen Streik zustande gekommene Tarifvertrag ist selbstverständlich ein Kompromiß, wie in allen übrigen Fällen auch. Das bedeutet, daß auch unsere Gewerkschaft hat Abstriche hinnehmen müssen.

Dennoch haben wir unsere Forderungen in allen wesentlichen Fragen durchsetzen können:

(1) Arbeiten der Textgestaltung werden durch tariflich bindende Norm ausschließlich Fachkräften der Druckindustrie übertragen, vornehmlich Schriftsetzern.

Die Arbeiten der Texterfassung werden den von der Rationalisierung betroffenen Fachkräften der Druckindustrie mit Vorrang angeboten.

(2) Schriftsetzer, Perforatortaster und Korrektoren — also diejenigen, bei denen bisher die Arbeiten der Satzherstellung lagen - erhalten an den neuen Arbeitsplätzen der Textgestaltung und Texterfassung ein Gehalt, das in seiner Höhe dem bisherigen Tariflohn entspricht. Dieses Gehalt wird auch in Zukunft nicht abgebaut, sondern ist Grundlage für die künftigen Gehaltserhöhungen.

(3) Alle Arbeiter und Angestellten, die an Bildschirmgeräten arbeiten, müssen regelmäßig augenärztlich untersucht werden. Bei überwiegender Bildschirmarbeit

sind zusätzliche Arbeitsunterbrechungen vorgeschrieben: je Stunde 5 Minuten bzw. alle 2 Stunden 15 Minuten. Die Höchstdauer ununterbrochener Bildschirmarbeit beträgt 6 Stunden.

Der Tarifvertrag enthält Normen über die Geräteausstattung, die Gestaltung der Arbeitsplätze und der Arbeitsumgebung.

(4) Die Journalisten können lediglich zum Lesen und Redigieren sowie unter bestimmten, eingeschränkten Voraussetzungen zum Schreiben eigener Beiträge am Bildschirm verpflichtet werden. Alle übrigen Arbeiten können sie ablehnen. Darüber hinaus gilt: Jeder Journalist kann bei Einführung des neuen Systems die Arbeit am Bildschirm ablehnen, sofern er darlegt (ohne es beweisen zu müssen), daß Bildschirmarbeit für ihn unzumutbar ist. Damit ist eine Regelung erreicht, die die Aufrechterhaltung der alten Arbeitsteilung zwischen Redaktion und Technik ermöglicht.

Bei alledem sollten wir jedoch nicht vergessen, daß die zweite Runde — nämlich die Umsetzung dieses Tarifvertrages in der betrieblichen Praxis - noch ein hartes Stück Arbeit sein wird. Wir sind jedoch sicher, dies auch leisten zu können, nicht zuletzt auf der Grundlage gestärkten Selbstbewußtseins unserer Mitglieder und Funktionäre.

Es wäre sicherlich falsch, den Tarifvertrag als Muster auch für andere Gewerkschaften und Wirtschaftszweige zu empfehlen. Dazu sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen zu groß. Dennoch zeigt der zurückliegende Streik der IG Druck und Papier und der letztlich durchgesetzte Tarifvertrag (ebenso wie der Streik der IG Metall in Nordwürttemberg/Nordbaden und der von ihr durchgesetzte Tarifvertrag über die Einkommenssicherung): Die um sich greifende Welle der Rationalisierung zwingt zum offensiven Widerstand der Gewerkschaften. Anpassung, Hinnahme von Sozialplänen und allein finanziellen Leistungen reichten angesichts der massenhaften Bedrohung der Arbeitsplätze ganzer Berufe, angesichts der auf breiter Front drohenden Dequalifizierung nicht aus. Insofern hat sicherlich auch der Streik der IG Druck und Papier ein Zeichen gesetzt.